

von 1985 bis 1989 stattfand, benannten einige Pfingstkirchen offizielle Vertreter. Thema dieser Gespräche war die *Kirche als Koinonia* (vgl. den entsprechenden Bericht: Dokumente wachsender Übereinstimmung, S. 599–622). Dabei zeigen sich beim Verständnis von Taufe (die Pfingstler praktizieren weitgehend die Gläubigen- anstatt der Kindertaufe) und Kirchenordnung ähnliche Probleme wie beim baptistisch-katholischen Dialog.

Der Dialog habe aber, so stellt der Bericht fest, beiden Partnern geholfen, die besonderen Schwerpunkte des anderen zu entdecken und anzuerkennen: „Einerseits sind die Pfingstler, indem sie den römisch-katholischen Teilnehmern zuhörten, an die gemeinschaftliche Dimension des neutestamentlichen Verständnisses von koinonia erinnert worden. Andererseits sind die römisch-katholischen Christen an die Bedeutung der gleichen koinonia mit Gott erinnert worden.“ Katholische Christen befürchteten, daß die Pfingstler den Geist auf bestimmte Manifestationen einschränkten; die Pfingstler fürchteten demgegenüber, Katholiken würden das Wirken des Geistes auf Sakramente und Kirchenordnung einschränken. Dennoch habe man in der gemeinsamen Diskussion gelernt, „daß es in unseren beiden Traditionen eine größere Freiheit für den Heiligen Geist gibt, als wir zu finden erwartet hatten“.

Der Dialog zwischen der katholischen Kirche und den Pfingstlern, so der Bericht über „Perspektiven der Koinonia“ hatte „weder eine organische noch eine strukturelle Einheit zum Ziel oder zum Thema“. Die Gespräche hätten beabsichtigt, ein Klima des gegenseitigen Verstehens

in Angelegenheiten des Glaubens und der Praxis zu entwickeln. Damit ist insgesamt die *Bandbreite* abgesteckt, innerhalb der sich die offiziellen theologischen Dialoge der katholischen Kirche abspielen; teilweise sind sie ausdrücklich dem Ziel der *sichtbaren Einheit* der beteiligten Kirchen verpflichtet (so der katholisch-orthodoxe, der katholisch-anglikanische und der katholisch-lutherische Dialog), zum Teil geht es ihnen zunächst nur um ein *besseres gegenseitiges Verständnis*. In beiden Fällen sind diese Dialoge aber auf Rezeption angewiesen. Im ersten Fall geht es darum, daß sich die Kirchen die Ergebnisse der Gespräche durch Beschlüsse ihrer dafür zuständigen Gremien formell zu eigen machen und entsprechende Konsequenzen für ihr Verhältnis zueinander ziehen. Im anderen Fall muß das Angebot, das solche Gesprächsergebnisse darstellen, in Theologie und kirchlicher Praxis angenommen werden, um so in der Breite wirken zu können.

Ökumenische Dialoge haben schon von daher immer einen begrenzten Stellenwert. Sie hängen in der Luft, wenn sie nicht von entsprechenden Initiativen auf örtlicher und regionaler Ebene begleitet und mitgetragen werden, wenn sie vom Normalbewußtsein und von der konkreten Praxis der beteiligten Kirchen zu weit entfernt sind. Dennoch sind sie ein wichtiges Zeichen dafür, daß sich die verschiedenen christlichen Kirchen trotz aller Hindernisse und Spannungen, die damit verbunden sind, auf den Weg zu mehr Gemeinsamkeit oder zumindest zu einer besseren Verständigung gemacht haben und ihn auch weitergehen wollen. Das gilt gerade auch für die verschiedenen offiziellen Dialoge der katholischen Kirche.

Ulrich Rub

Am Beginn einer neuen Ära?

Die Philippinen nach den Wahlen

Mit den Präsidentschaftswahlen vom Mai ging in den Philippinen die Ära Corazon Aquino zu Ende. Frau Aquino hat es zwar nicht geschafft, den Schwung des Neuanfangs nach dem Sturz des Diktators Marcos in umfassende politische und wirtschaftliche Reformen umzusetzen. Dennoch wurde in den letzten Jahren eine gewisse politische Stabilität im einzigen überwiegend katholischen Land Asiens erreicht. Der neue Präsident Fidel Ramos ist das erste protestantische Staatsoberhaupt der Philippinen.

Der Ablauf der Wahlen hat in den Philippinen ein vielfältiges Echo gefunden. Es gab anfangs einige Horroszenarios, die von einem bevorstehenden Staatsstreich redeten und eine von Gewalt geprägte Kampagne voraussagten. Der Wahlkampf nahm dann einen diese Erwartungen oder Befürchtungen enttäuschenden, normalen und eher langweiligen Verlauf. Sicher gab es auch gewalttätige Zwischenfälle; Politiker wurden ermordet, Anschläge auf

Polizisten verübt. Es starben fast hundert Menschen. Aber für philippinische Verhältnisse wurde der Wahlkampf als im allgemeinen weitgehend gewaltlos und fair angesehen. Kommentatoren sprechen von den gewaltfreiesten Wahlen in der Geschichte der Philippinen überhaupt. Mit 80 Prozent wurde eine *sehr hohe Wahlbeteiligung* erreicht, die das Interesse am politischen Geschehen in den Philippinen belegt. Kritiker merkten an, daß das Interesse an der Politik verbunden sei mit einer falschen Einschätzung der tatsächlichen Möglichkeiten der Politiker, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu beeinflussen. Die Kandidaten wurden nicht müde, sich in verschiedenen Abkommen zum Einhalten der Regeln und einem fairen Wahlkampf zu verpflichten.

Den größten Anteil an dem weithin geordneten Verlauf des Wahlkampfes und der Wahl hat Comelec, die staatliche „Kommission für Wahlangelegenheiten“, die unter der Leitung von *Christian Monsod* und *Haydee Yorac* durch

die Unterstützung von Polizei und Armee überall als überparteilicher Garant für eine faire Wahl angesehen wurde. Comelec gelang es, einen Großteil der in den Philippinen endemischen Privatarmeen zu entwaffnen, die Wahlpropaganda zu kontrollieren und auf die Einhaltung bestimmter Grundregeln im Wahlkampf zu bestehen.

Gewinner und Verlierer

Die ersten Ergebnisse der Wahl zeigten den Kandidaten der Präsidentin, General *Fidel Ramos*, zusammen mit der Überraschungskandidatin *Miriam Defensor Santiago* in Führung. Die Geschäftswelt reagierte mit Erleichterung darauf, und die Aktienkurse zogen an. Nicht nur Wirtschaftskreise, sondern auch politische Kommentatoren und Analytiker werten den Verlauf der Wahlen in den Philippinen als Ausdruck einer gewachsenen politischen Stabilität des Landes. Dies zeigte sich z. B. auch in der von ausländischen Beobachtern übermäßig herausgestellten Kandidatur von *Imelda Marcos*. Die Witwe von Ferdinand Marcos versuchte, mit dem Einsatz ihrer persönlichen Qualitäten einer ehemaligen Schönheitskönigin, der von Leid gezeichneten Witwe und ihrer reichlich vorhandenen finanziellen Mittel die Filipinos davon zu überzeugen, daß die Regierung Aquino die Philippinen habe verkommen lassen, und daß die Regierung ihres verstorbenen Mannes eigentlich so schlecht nicht gewesen sei. Daß sie diese Botschaft trotz gegen sie laufender Gerichtsverhandlungen überhaupt vortragen konnte, zeigt etwas von dem Vertrauen in die politische Reife des philippinischen Volkes seitens der Regierung und der Justiz. So fand Imelda Marcos zwar immer ein Publikum für ihre Bühnenwirksamen Auftritte und vermochte unter den enttäuschten Schichten der Bevölkerung Stimmen zu gewinnen. Zu keinem Zeitpunkt war sie jedoch eine ernstzunehmende Kandidatin, der man zugetraut hätte, auf legitime Weise das höchste Amt im Staat zu erringen. Die Kandidatur von Imelda Marcos hat indirekt die Erfolgsaussichten von *Eduardo (Danding) Cojuangco*, einem Neffen von Präsidentin Aquino, beeinträchtigt, der als ehemaliger Marcos-Vertrauter und Großindustrieller genau die gleiche Wählerschicht ansprach wie sie. Der relative Erfolg der Marcos-Witwe in ihrer Heimat Leyte und der Heimatregion von Ferdinand Marcos in Ilocos Norte, im Norden Manilas, hat wohl ein besseres Abschneiden Cojuangcos verhindert, ohne daß sie selber über den fünften Platz in der Präsidentschaftswahl hinausgekommen wäre.

Eine andere Qualität hatte die Kandidatur von *Miriam Defensor Santiago*, die als Kämpferin gegen Korruption und die alte politische Kaste vor allem unter den Jugendlichen viel Anklang fand. *Miriam Santiago* hat eine akademische Laufbahn als Professorin für Jura hinter sich und war nach ihrem Eintritt in die Politik einige Zeit als Ministerin für Agrarreform tätig. Von Anfang an sah sie sich Angriffen ausgesetzt, die ihre exaltierte und gefühlsbetonte Weise des Wahlkampfes ablehnten und die psychische Ausgeglichenheit ihrer Persönlichkeit in Frage stellten. Es

kursierten immer wieder Berichte über tatsächliche oder erfundene Nervenzusammenbrüche, die belegen sollten, daß eine Präsidentin *Santiago* für das höchste Staatsamt nicht die erforderliche psychische Belastbarkeit mit sich bringe. Die Art und Weise, wie sie sich nach den ersten unvollständigen Auszählungen von vornehmlich städtischen Ergebnissen zur Wahlsiegerin machen wollte, hat einige der Kritiker eher bestätigt. Die Bilder, die sie nach der Wahl mit Kardinal Sin zeigten, der ihr zusagte, sich für eine faire Auszählung einzusetzen und ihr theatralisch aufgezogener „Hungerstreik“ in einer modernen Klinik in Manila haben ihr weiterhin geschadet.

Der eigentliche Verlierer der Wahl ist *Ramon Mitra*, der als Parlamentspräsident und Vertreter der LDP über wichtige politische Verbündete verfügte, in der Wahl aber als Vertreter des politischen Establishments von den Wählern abgelehnt wurde. Es half ihm nicht, daß sich Kardinal Sin von Manila ziemlich eindeutig für ihn einsetzte. Auch wenn der Kardinal persönlich immer nur von „Flüstern“ sprach, war es laut genug, um nicht überhört zu werden.

Auch wenn die letzten Ergebnisse noch ausgezählt werden müssen, so steht doch fest, daß *Fidel Ramos* die Mehrheit der Stimmen für sich hat gewinnen können. Nach dem Ende der Präsidentschaft von *Corazon Aquino* am 30. Juni übernimmt er die Amtsgeschäfte. Die relative Mehrheit für *Ramos* resultiert wohl in erster Linie aus dem Bestreben vieler Wähler, *Cojuangco* am Gewinn der Wahl zu hindern. Darunter hat sicher auch die Kandidatur von *Eduardo Salonga* gelitten, der zusammen mit seinem Kandidaten für die Vizepräsidentschaft *Pimentel* bei den Aktionsgruppen und Reformkreisen wegen ihres Programms und klaren Kurses die erste Wahl darstellte. Die Befürchtung, daß eine zu große Zersplitterung der Wähler letztlich *Cojuangco* an die Macht bringen könnte, hat dann viele bewogen, sich für *Ramos* zu entscheiden, der am ehesten die Garantie zu bieten scheint, den gemäßigten Reformkurs fortzusetzen. Das Ergebnis der Wahl ist so weniger ein großer Erfolg des Wahlkämpfers *Ramos*, sondern es signalisiert die politische Entscheidung vieler politisch realistisch denkender Filipinos für das kleinere Übel. Verbunden damit ist allerdings die Hypothek für den Wahlsieger *Ramos*, daß er sich kaum als Hoffnungsträger der Mehrheit seiner Landsleute begreifen kann. Wenn es Erwartung und Hoffnung für einen Neuanfang gibt, dann müßten die Anstöße dazu eher aus dem Parlament kommen.

Lange Zeit galt es als eine feste Gegebenheit, daß die Ausübung politischer Macht in den Philippinen an ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung durch die USA gebunden sei. Wie stark die USA in die politischen Geschehnisse verwickelt waren, hatte sich bei der Ablösung von Ferdinand Marcos durch die *People's Power* 1985 und bei einigen Interventionen der US-Luftwaffe bei versuchten Staatsstreichern während der Regierungszeit von *Cory Aquino* gezeigt. Die Auseinandersetzung über eine Verlängerung der Verträge über die amerikanischen

Stützpunkte in den Philippinen hatte Ende 1991 mit der negativen Entscheidung des philippinischen Senats gegen eine weitere militärische Präsenz der USA geendet. Es war eines der erstaunlichen Phänomene des Wahlkampfes 1992, daß das Thema der Stützpunkte und die Rolle der Vereinigten Staaten in der philippinischen Politik so gut wie keine Rolle spielten. Natürlich sind die Einflußmöglichkeiten der USA und die Abhängigkeiten der Philippinen auf wirtschaftlichem Gebiet von den USA auch weiterhin gegeben. Es zeigt sich aber doch die psychologisch neue Gegebenheit, daß der mächtige Übervater USA an Einfluß auf die Philippinen verloren hat.

Die Entscheidung der Philippinen, sich stärker von den USA zu distanzieren, wird gegenwärtig noch nicht kompensiert durch eine neue Politik im Hinblick auf die asiatischen Nachbarländer. Innerhalb der ASEAN-Staaten wirken die Philippinen oft eher isoliert und sind kaum als treibende und leitende Macht in Erscheinung getreten. Das wirtschaftliche Gewicht von Ländern wie Indonesien, Malaysia und Singapur ist in den letzten Jahren stark gewachsen, während die Philippinen von wirtschaftlichen Rückschlägen gebeutelt wurden. Die Kräfteverschiebungen, die hier stattfinden, werden in den Philippinen bisher wenig wahrgenommen und noch weniger durch gezielte politische, wirtschaftliche und militärische Maßnahmen aktiv angegangen. Im Wahlkampf hat die *Außenpolitik* kaum eine Rolle gespielt. Für den neuen Präsidenten Ramos liegt hier ein wichtiges Aufgabenfeld.

Bilanz der Präsidentschaft von Frau Aquino

Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten lag 1971 bei 51 Prozent und ist bis 1991 auf 41 Prozent zurückgegangen. Im selben Zeitraum ging aber auch der Anteil der in der Industrie Beschäftigten von 11,7 auf 8,9 Prozent zurück, während die Zahl der Unterbeschäftigten auf 32 Prozent und die der Arbeitslosen auf 9,3 Prozent anwuchs. Eine Studie der Asiatischen Entwicklungsbank gibt die Zahl der Filipinos, die unterhalb der sog. Armutsgrenze leben, mit fast 70 Prozent an. Damit schneiden die Philippinen am schlechtesten unter allen südostasiatischen Ländern ab, was das Armutproblem und die Diskrepanz in der Verteilung des vorhandenen Reichtums angeht.

Die Tage im Februar 1986 waren geprägt von einer Hoch- und Feststimmung, wobei zwischen der Präsidentin und dem Volk, versinnbildlicht durch den Aufstand der People's Power in der EDSA-Revolution, eine große Gemeinsamkeit bestand. Es war die *Stimmung eines Neuanfangs*, verbunden mit dem Erstaunen der philippinischen Bevölkerung über ihre Fähigkeiten, sich politisch zu artikulieren und tatsächlich zur Änderung der bestehenden Verhältnisse beizutragen. Die Bewunderung des Auslands über das „Wunder von EDSA“ trug mit dazu bei, daß der Blick auf die harten Realitäten nach zehn Jahren ausbeuterischer Machenschaften von Ferdinand Marcos verstellt blieb. Die Chance des Neuanfangs wurde

genutzt, um eine *neue Verfassung* zu entwerfen und zu verabschieden, an deren Zustandekommen weite Schichten der Bevölkerung beteiligt werden konnten. Bei der entscheidend wichtigen Frage der *Landreform* zeigte sich aber die Stärke der beharrlichen Kräfte. Es gelang nicht, den großen Entwurf einer wirklichen Landreform in die Tat umzusetzen. Statt dessen kam es zu einem endlosen Gezänke über Formen und Ausmaß einer Reform, die am Ende von niemandem mehr ernstgenommen werden konnte.

Noch entscheidender war es, daß die *Aufgabe der nationalen Versöhnung mißlang*. Der Waffenstillstand mit den Kräften der linken Befreiungsbewegung und ihrem militärischen Arm, der New People's Army (NPA), hielt nur kurze Zeit. Dann begannen die Kämpfe aufs neue, verbunden mit der Bewegung der Vigilantes, der paramilitärischen Gruppen, die ziemlich wahllos und unkontrolliert linke Kräfte, oder wen immer sie für „links“ und „kommunistisch“ hielten, zu eliminieren begannen. Die unklare Haltung, die die Präsidentin diesen Gruppen gegenüber einnahm, hat ihr politisch sehr geschadet. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und andere wurden nicht müde, auf die nicht abreißende Kette von Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen, die sich während der Präsidentschaft von Corazon Aquino ereigneten. Hier zeigten sich die Schwäche und das Versagen der Präsidentin am gravierendsten, der gemeinsamen Front der Großgrundbesitzer und Militärs entgegenzutreten und die gewalttätigen Aktionen zum Erhalt der bestehenden Eigentums- und Besitzverhältnisse mit den Mitteln der durchaus vorhandenen Gesetze zu unterbinden.

Auf der anderen Seite hat es Präsidentin Aquino geschafft, die sieben Staatsstreichs aus den Reihen der Streitkräfte zu überleben. Die rechten Militärs, allen voran der berühmt-berüchtigte Oberst *Gringo Honasan*, konnten die Macht nicht übernehmen. Der langjährige Verteidigungsminister Fidel Ramos hat sicher das entscheidende Verdienst daran, daß sich die Armee in ihrer Mehrheit loyal zur Regierung Aquino verhielt. Hinzu kam natürlich, daß die USA an einem erneuten Machtwechsel nicht interessiert waren und sich ebenfalls hinter Aquino stellten.

Ein Fazit über die Regierungszeit von Corazon Aquino zu ziehen, ist sicher noch etwas verfrüht. Die Popularität der Präsidentin hat in den letzten Jahren ständig abgenommen. Die Kritik an der mangelnden Effizienz der Regierung ist gewachsen. Zu viele der alten Politiker waren nach einer kurzen Zeit der Abstinenz wieder auf der Bühne erschienen. Eine grundlegende Änderung und Neuverteilung der politischen Macht haben offensichtlich nicht stattgefunden. Die persönliche Integrität der Präsidentin jedoch wurde von keinem angezweifelt, wohl aber ihr politisches Durchsetzungsvermögen und vor allem der Ein- und Durchblick für die anstehenden politischen und wirtschaftlichen Fragen. Wenn man aber in Rechnung stellt, daß Frau Aquino als politischer Neuling das Erbe ihres Mannes zu übernehmen versucht hat, wird man in

der Bewertung ihrer geschichtlichen Rolle durchaus die *positiven Elemente* herausstellen müssen. Es ist sicher ihr Verdienst, daß die Philippinen die schwierige Übergangsphase nach dem Sturz von Marcos relativ gut überstanden haben. Die gerade abgelaufenen Wahlen haben gezeigt, daß eine gewisse politische Stabilität erreicht wurde.

Bis in die Zeiten der Herrschaft von Ferdinand Marcos galt das Militär in den Philippinen als eine eher apolitische Gruppe, die sich strikt der zivilen Gewalt unterordnete und keinen eigenen politischen Ziele verfolgte. Während der Zeit des Kriegsrechts begann eine immer stärker werdende Politisierung des philippinischen Militärs, das sich auf der einen Seite auf die Seite des Diktators Marcos stellte, oder sich in der Reformbewegung des Militärs (Reform of Army Movement = RAM) für eine Neuordnung der politischen Verhältnisse einsetzte. Die Februarrevolution 1986 war anfänglich nichts anderes als eine verzweifelte Aktion der Generäle Ramos und Enrile, deren eigene Umsturzpläne aufgedeckt waren, sich ihrer drohenden Verhaftung zu entziehen, indem sie vorzeitig ihren Staatsstreich ausführten. Die danach erfolgte Unterstützung durch das Volk ließ zwar ihren Plan gelingen, den Diktator Marcos und seine Clique loszuwerden, brachte aber andererseits Corazon Aquino und damit eine Zivilregierung an die Macht.

Die Reihe der Putschversuche läßt sich daher auch als Reaktion enttäuschter Militärs verstehen, die sich um die Früchte ihrer Revolution gebracht sahen. Auf der anderen Seite hat sich Fidel Ramos als Verteidigungsminister loyal hinter die bürgerliche Präsidentin gestellt und seinerseits die zweifellos für ihn gegebenen Möglichkeiten zu einem militärischen Gegenputsch nicht genutzt. Der Wahlkampf hat aber auch gezeigt, daß gegenwärtig in den Philippinen viele Gruppen um die politische Macht kämpfen, von denen keine das nationale Wohl so eindeutig verfolgt, wie dies in den Augen des Volkes das Militär zu tun scheint. Sollte es einer zivilen Regierung unter Fidel Ramos nicht gelingen, die Philippinen auf einen klaren und sicheren Kurs zu führen, wird unter dem Militär die Versuchung groß sein, sich als „Retter der Nation“ der politischen Macht zu bemächtigen (vgl. R. Navarro, *The Politicization of the Philippine Military*, in: *Asien*, Nr. 43, April 1992, S. 55–69).

Militärischer Gegenspieler der offiziellen Streitkräfte der Philippinen ist die „Neue Volksarmee“ (New People's Army = NPA) geblieben. Oftmals totgesagt, tritt die NPA immer wieder mit Einzelaktionen in Erscheinung. Im Februar dieses Jahres starben 47 Regierungssoldaten in einem Gefecht mit der NPA. Die übertriebene Grausamkeit und die Wahllösigkeit in der Auswahl ihrer Ziele hat der NPA weitgehend eine wie immer vorhandene Unterstützung im Volk gekostet. Allgemein läßt sich beobachten, daß die NPA als ideologisch-politische Kraft während der Regierungszeit von Cory Aquino an Gewicht verloren hat. Die mangelnde ideologische Stärke sucht die NPA durch militärischen Einsatz und Härte wettzumachen. Zahlenangaben über die Stärke der NPA

bewegen sich zwischen 15 000 und 20 000, wobei nicht immer deutlich ist, woher die Angaben stammen und wie verlässlich sie tatsächlich sind.

Die philippinischen Kirchen im Wahlkampf

Die Bischofskonferenz der Philippinen hatte einen eigenen Wahlhirtenbrief verfaßt, in dem die Bedeutung der Wahl, Kriterien für die Bewertung der Kandidaten und allgemeine Aussagen über die Rolle der Kirche in der Politik herausgestellt werden (*Asia Focus*, 6. 3. 92, S. 8). In einem Aufruf vom 5. Mai hatte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Bischof *Carmelo Morelos* von Butuan, zu fairen Wahlen aufgerufen und dabei betont, daß sich die Katholiken von ihren Bischöfen wohl leiten lassen sollten, sich aber die Wahl eines bestimmten Kandidaten durch einen Bischof nicht vorschreiben lassen mußten. Einzelne Bischöfe haben darüber hinaus ihre eigenen Hirtenbriefe verfaßt. Kardinal Sin warnte vor Politikern, die mit „Gewehren, Ganoven und Gold“ (guns, goons and gold) die Wahlen für sich entscheiden wollten und betonte, daß der Verkauf der Wahlstimme Sünde sei (*Philippine Daily Globe*, 19. 4. 92).

Kritik wurde an Kardinal Sin von verschiedenen Seiten geübt, daß er sich selber nicht an die Richtlinien der Bischofskonferenz gehalten, sondern seine persönliche Vorliebe für den Kandidaten Ramon Mitra etwas zu unmißverständlich zum Ausdruck gebracht habe. Andere Bischöfe wurden mit anderen Kandidaten zusammengebracht, die sie tatsächlich oder auch nur angeblich empfohlen hätten. Das Bild, das diese tatsächlichen oder angeblichen Interventionen der katholischen Hierarchie hinterließen, bestätigte die Einschätzung, daß sich das Gerede von den „katholischen Stimmen“ als Mythos erwiesen habe. Erzbischof *Orlando Quevedo* von Nueva Segovia, der Vorsitzende der bischöflichen Kommission für soziale Aktion, Gerechtigkeit und Frieden, erklärte, daß sich damit erwiesen habe, daß Aussagen von Kardinal Sin nicht notwendig Ausdruck der Stimme der Kirche in den Philippinen seien und daß die Kirche in Sachen Politik sich nicht mit dogmatischer Sicherheit äußern könne (*UCA-News* 14.–15. 5. 92, S. 11). Einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Wahlen gegen Manipulationen leistete die *Wahlüberwachungskommission* von katholischen Laien und Ordensleuten, die vom Nationalen Sekretariat für soziale Aktion (NASSA) organisiert und auf der Basis der Pfarrgemeinderäte im ganzen Land wirksam wurde.

Die Iglesia ni Cristo, eine von der katholischen Kirche abgespaltene einheimische Kirche, hat sich durch ihre Kirchenleitung eindeutig für Eduardo Cojuangco ausgesprochen. Die Unterstützung dieser Kirche, deren Wählerpotential mit 1,7 Millionen Stimmen angegeben wird, – andere Kommentatoren sprechen mit Bezug auf neuere Zählungen nur von 850 000 Stimmen – wird von den Politikern traditionell geschätzt, da die INC dafür bekannt ist, daß sie in der Lage ist, ihre Mitglieder so zu

beeinflussen, daß sie tatsächlich ihre Stimmen im Block gemäß der Weisung der Kirchenleitung abgeben. Entsprechend eindeutig sind dann auch die Erwartungen der INC an die Politiker, daß diese Unterstützung entsprechend honoriert wird. In der Vergangenheit hatte die Iglesia ni Cristo hinter dem Präsidenten Marcos gestanden.

Zunehmende Bedeutung haben auch die verschiedenen *evangelikal und charismatischen Gruppen*, deren Mitgliederzahlen schwer genau zu bestimmen sind, die aber gut besuchte Versammlungen und Schulungen durchführen, an denen auch viele katholische Christen teilnehmen. Politisch im eigentlichen Sinn sind diese Gruppen sicher nicht, wenn auch ihre Eigenart, mit Bezug auf Jesus und den Heiligen Geist konkreten Problemen aus dem Weg zu gehen, durchaus politische Implikationen hat. Im Wählerverhalten werden die Mitglieder dieser Gruppen wohl eher zum konservativen Lager, d. h. zu Kandidaten wie Cojuangco, tendiert haben.

Christlich-Islamische Beziehungen

Im Präsidentschaftswahlkampf spielte die Tatsache eine gewisse Rolle, daß zwei der sieben Präsidentschaftskandidaten – Fidel Ramos und Jovito Salonga – aus den protestantischen Kirchen kamen. Mit Ramos hat erstmals ein *protestantischer Christ* die Mehrheit der Stimmen zur Wahl zum Präsidenten der Philippinen erreicht. Das politische Gewicht der protestantischen Kirchen wird dadurch wachsen. Wie sehr das ökumenische Klima durch die Interventionen von Kardinal Sin gegen nicht-katholische Kandidaten beschädigt worden ist, wird sich in nächster Zukunft zeigen. Ein Präsident Ramos wird sich schon im eigenen Interesse um gute Beziehungen zur katholischen Kirche in den Philippinen bemühen. Andererseits hat das Gerangel zwischen den Bischöfen im Wahlkampf das politische Gewicht der katholischen Kirche sicher nicht gestärkt.

Die Philippinen sind das einzige Land in Asien, in dem die Christen die weitaus größte Mehrheit darstellen. Die katholische Kirche in den Philippinen ist mit über 80 Prozent der Bevölkerung die größte Glaubensgemeinschaft. Nur in Mindanao gibt es Gebiete, in denen die Muslime einen großen Teil bzw. die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Belastet von einer Geschichte ständiger Aus-

einandersetzungen, war das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen gespannt und voll von gegenseitigem Mißtrauen. Die Zeit der bewaffneten Auseinandersetzungen der muslimischen Befreiungsbewegung (Moro National Liberation Front/MNLF) mit den Regierungstruppen liegt erst einige Jahre zurück. Bewaffnete Privatarmeen wie die von Nur Misuari sind immer wieder in kleinere Scharmützel verwickelt. Die Bestrebungen der Muslime, für die Gebiete, in denen sie die Mehrheit der Bevölkerung stellen, Autonomie zu erreichen, sind in der letzten Zeit nicht weitergekommen.

Der Wahlkampf bedeutete daher für Mindanao eine Zeit besonderer Spannungen und Unruhe. Am Ostersonntag wurde in der Stadt Iligan, im Norden Mindanaos, während des Gottesdienstes in der Kathedrale eine Handgranate unter die Gläubigen geworfen, die elf Menschen das Leben kostete und viele verwundete. Geworfen wurde die Bombe von einem muslimischen Jugendlichen, der seinen Ärger über Auseinandersetzungen unter Jugendgruppen in der Stadt loswerden wollte.

Auf der gleichen Ebene liegt der Mord an dem italienischen Pater *Salvatore Carzedda*, der am 20. Mai 1992 in Zamboanga ebenfalls von Muslimen erschossen wurde. P. Carzedda war ein Mitarbeiter der Silsilah-Bewegung, einer Initiative, um den christlich-islamischen Dialog auf Mindanao zu fördern. Seit acht Jahren versuchen Christen und Muslimen der Silsilah-Bewegung in Zamboanga, ein Informationszentrum zu unterhalten, um gegenseitiges Verstehen zu ermöglichen, Formen einer interreligiösen Lebensgemeinschaft zu entwickeln, sich gemeinsam an sozialen Brennpunkten einzusetzen – kurz, einen „Dialog des Lebens“ zu initiieren. Bestimmten islamischen Kreisen scheint diese Arbeit der Verständigung wohl zu erfolgreich und den eigenen Plänen abträglich zu sein, so daß sie diesen Angriff auf das Leben des italienischen Priesters starteten.

Solche Zwischenfälle beleuchten das weiterhin schwierige Miteinander von Christen und Muslimen auf Mindanao und in den Philippinen. Zugleich machen sie deutlich, daß es keine ernstzunehmende Alternative zur Entscheidung für einen interreligiösen Dialog und gegenseitige Verständigung gibt, wie sie die Silsilah-Bewegung auch weiterhin verfolgt.

Georg Evers

Kurzinformationen

Die Glaubenskongregation veröffentlichte eine Instruktion zu einer effektiveren Kontrolle katholischer Medien und Verlagshäuser

Die römische Glaubenskongregation veröffentlichte am 9. Juni eine Instruktion – so ihr offizieller Titel – „über einige Aspekte des Gebrauchs der sozialen Kommunikationsmittel bei der Förderung der Glaubenslehre“. Die

Instruktion trägt das Datum vom 30. März. In dem Schreiben werden im wesentlichen die Bischöfe und die Ordensoberen an ihre Verantwortung in bezug auf die Herausgabe und Veröffentlichung von Schriften aller Art durch Kleriker, Ordensleute und Laien erinnert. Ausgangspunkt ist die Feststellung, durch die sozialen Kommunikationsmittel im allgemeinen und durch die Bücher im besonderen würden „heute immer mehr irri- ge Gedan-